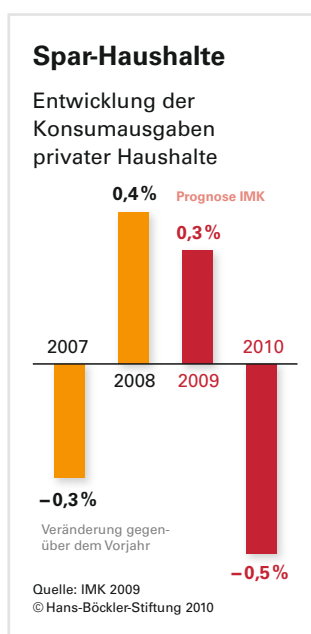


Industriestaaten, stellte die OECD jüngst fest. Wegen der wachsenden Ungleichheit fehlte hierzulande eine solide finanzierte Binnen­nachfrage.

Ein wichtiger Grund für die Lohnungleichheit: atypische Beschäftigungsverhältnisse. Hinzu kamen Leistungseinschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung und der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, die steuerliche Entlastung insbesondere hoher Einkommen und Vermögen sowie die Belastung des privaten Verbrauchs über die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Sollten sich die Einkommen weiterhin so unterschiedlich entwickeln, wird die Binnennachfrage schwach bleiben, prognostiziert das IMK. Damit bliebe Deutschland abhängig vom Export – und



besonders anfällig für weitere Krisen. Daher schließen sich die Forscher den Vorschlägen an, die sich in der internationalen Debatte zunehmend durchsetzen: Es reicht nicht aus, das Finanzsystem zu reparieren, warnt beispielsweise US-Ökonom Stiglitz. Es müssten Konzepte gegen das globale Nachfragedefizit entwickelt werden. Denn die wirtschaftspolitischen Rezepte der Vergangenheit – Löhne flexibilisieren und Sozialleistungen einschränken – würden die Lage weiter verschlimmern.

Mit einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung – insbesondere auch in Deutschland – ließe sich die latente Nachfrageschwäche überwinden, so die IMK-Forscher. Das bedeutet: **Deutschland braucht eine neue Lohn- und Verteilungspolitik.** „Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die künftige Stabilität der globalen Wirtschaft.“ Die Ökonomen empfehlen daher, die Position der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen zu stärken. Dazu gehörten ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifabschlüssen. Leiharbeit dürfe nicht mehr reguläre Beschäftigung ersetzen. ◀

\* Quelle: Gustav Horn, Simon Sturn, Till van Treeck: Die Debatte um die deutsche Exportorientierung, in: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 1, Januar 2010  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

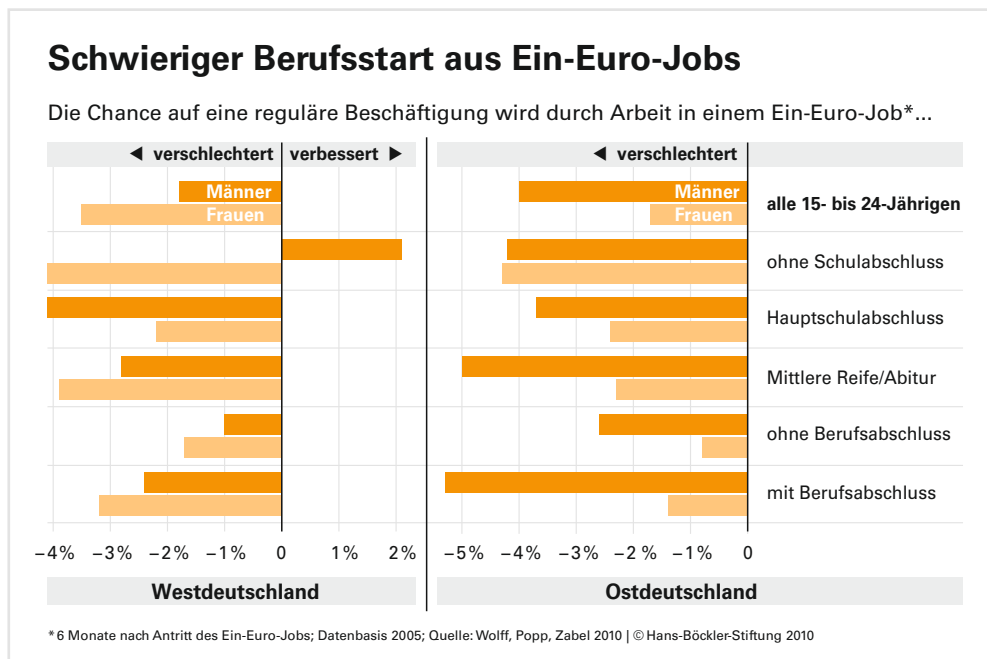
## ARBEITSMARKT

# Ein-Euro-Jobs: Sackgasse für Jugendliche

## Jungen Arbeitslosen helfen Ein-Euro-Jobs nicht in reguläre Beschäftigung.

Wer bereits in jungen Jahren in die Grundsicherung rutscht, findet sich häufig kurz darauf einem Ein-Euro-Job wieder. Erwerbslose unter 25 Jahren machen zwar nur 8 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Bezieher aus, stellen aber 20 Prozent aller Ein-Euro-Jobber. Die Zielvorgaben der Arbeitsagentur sehen vor, dass Jugendliche nicht länger als drei Monate arbeitslos sein, sondern zügig in Arbeit, Ausbildung oder wenigstens einen Ein-Euro-Job vermittelt werden sollen. Dies dürfte zumindest einer der Gründe sein, warum 2008 rund 130.000 junge Leute eine dieser Stellen angetreten haben, vermuten Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).\* Sie untersuchten, ob Ein-Euro-Jobs Jugendlichen tatsächlich den Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnen. Das Ergebnis: Verglichen mit anderen jungen Erwerbslosen, die über ähnliches Bildungsniveau und gleiche Berufserfahrung verfügen, fällt es Ein-Euro-Jobbern nicht

leichter, eine reguläre Stelle oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Eher im Gegenteil. Gerade Jugendliche mit guten Voraussetzungen würden die Jobs „eher von einer frühzeitigen Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit abhalten, ohne dass sie längerfristig ihre Integrationschancen verbessern“, so das IAB. ◀



\* Quelle: Joachim Wolff u.a.: Ein-Euro-Jobs für hilfebedürftige Jugendliche: Hohe Verbreitung, geringe Integrationswirkung, in: WSI-Mitteilungen 1/2010  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)